

„Landwirtschaft stärken. Zukunft sichern.“

Datum 9.10.2026
Subjekt Land Vorarlberg
Autor Gerhard Wirth
Region Österreich
Kategorie Wirtschaft, Staatsverwaltung und Selbstverwaltung, Landwirtschaft

St. Gerold (VLK) - Unter dem Vorsitz von Vorarlbergs Landesrat Christian Gantner fand heute (Freitag, 9. Oktober) die LandesagrarreferentInnenkonferenz in St. Gerold statt. Die zuständigen Regierungsmitglieder der Bundesländer berieten gemeinsam mit Landwirtschaftsminister Norbert Totschnig über die aktuellen Herausforderungen für die Landwirtschaft. Im Mittelpunkt der Konferenz standen die Folgen der anhaltenden Trockenheit und die künftige Ausgestaltung und Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ab 2028. Besonderes Augenmerk galt dabei den unterschiedlichen regionalen Bedingungen in den Bundesländern. „Die Folgen von Trockenheit, Ernteaussfällen und Futterknappheit beschäftigen unsere bäuerlichen Familienbetriebe weiterhin. Deshalb arbeiten wir als Länder und Bund gemeinsam mit unseren Partnern weiter daran, die betriebliche Vorsorge zu stärken und verlässliche Rahmenbedingungen für die Zukunft unserer Landwirtschaft zu schaffen“, betonte Landesrat Gantner.

„Unsere Bergbäuerinnen und Bergbauern sind das Rückgrat unserer alpinen Regionen. Sie produzieren hochwertige heimische Lebensmittel, bewirtschaften unsere Almen und erhalten eine einzigartige Kulturlandschaft, die Österreich maßgeblich prägt. Knapp 90 Prozent der heimischen Kuhmilch stammen aus dem Berggebiet. Damit leistet die Grünland- und Heuwirtschaft einen unverzichtbaren Beitrag zum Erhalt der Artenvielfalt und unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Doch die heurige Dürre mit Schäden von über einer Milliarde Euro und Ertragseinbußen von bis zu 50 Prozent im Grünland hat schonungslos aufgezeigt, wie massiv der Klimawandel unsere bäuerlichen Familienbetriebe unter Druck setzt. Besonders im Berggebiet, wo die Bewirtschaftung ohnehin mit besonderen Herausforderungen verbunden ist, dürfen wir unsere Bauernfamilien nicht im Stich lassen. Deshalb setze ich mich bei den Verhandlungen zur künftigen EU-Agrarpolitik mit Nachdruck für eine starke, ausreichend finanzierte GAP ein, die Krisen wirksam abfedert, die Berglandwirtschaft gezielt unterstützt und bewährte Programme wie das ÖPUL und die Bergbauernförderung langfristig absichert“, so Landwirtschaftsminister Totschnig.

GAP-Mittel absichern und regionale Besonderheiten berücksichtigen

Ein wesentlicher Schwerpunkt waren die laufenden Verhandlungen zum Mehrjährigen EU-Finanzrahmen 2028-2034 und zur Ausgestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Dabei geht es um die verlässliche Finanzierung der Leistungsabgeltungen für land- und forstwirtschaftliche Betriebe sowie den ländlichen Raum. Von zentraler Bedeutung sind die Einkommensstützung, die Bewirtschaftung benachteiligter Gebiete, die Abgeltung von Umweltleistungen und betriebliche Investitionen für die Zukunft.

„Hier in St. Gerold im Großen Walsertal wird deutlich, warum bei den Verhandlungen zur künftigen GAP regionale Besonderheiten berücksichtigt werden müssen. Unsere bäuerlichen Familienbetriebe in der Bergland- und Alpwirtschaft arbeiten unter erschwerten Bedingungen. Sie erzeugen hochwertige Lebensmittel, pflegen die Kulturlandschaft und erhalten wertvolle Natur- und Lebensräume. Damit schaffen sie auch eine wesentliche Grundlage für den heimischen Tourismus, die regionale Wertschöpfung und Arbeitsplätze in den Talschaften. Die Ausgleichszulage für

Bergbauernbetriebe und benachteiligte Gebiete sowie das Agrarumweltprogramm ÖPUL sind für das Bundesland Vorarlberg unverzichtbar, um die flächendeckende Bewirtschaftung und die gesellschaftlichen Mehrwerte langfristig zu sichern“, betonte Landesrat Gantner.

Parallel zu den europäischen Verhandlungen wird die nationale Ausgestaltung der Leistungsabgeltungen vorbereitet. Ab Oktober werden die ersten Entwürfe unter umfassender Einbindung der Bundesländer und der beteiligten Organisationen weiterentwickelt. Im Agrarumweltprogramm stehen unter anderem Maßnahmen für Ackerbau, Grünland, Alp- und Weidewirtschaft, biologische Landwirtschaft, Tierwohl, Gewässerschutz und Naturschutz zur Diskussion. Ziel ist es, die Maßnahmen zu vereinfachen und so auszugestalten, dass sie den unterschiedlichen regionalen Produktionsbedingungen gerecht werden – vom Ackerbau bis zur Alpwirtschaft.

Dürrefolgen abfedern und Vorsorge stärken

Die anhaltende Trockenheit und Hitze haben zahlreiche landwirtschaftliche Betriebe vor erhebliche Herausforderungen gestellt. Ertragseinbußen, Futterknappheit und zusätzliche Kosten belasten die bäuerlichen Familienbetriebe. Gegenstand der Beratungen war das österreichweite Dürre-Hilfspaket im Umfang von 240 Millionen Euro, das kurzfristige Entlastung mit einer Stärkung der betrieblichen Vorsorge verbindet.

Das Paket umfasst 140 Millionen Euro zur Entlastung bei den bäuerlichen Sozialversicherungsbeiträgen, jeweils 25 Millionen Euro für Zinsenzuschüsse zu Betriebsmittelkrediten und für Stundungen bei Agrarinvestitions- und Konsolidierungskrediten sowie 50 Millionen Euro für eine höhere Bezuschussung von Dürreversicherungen. Die Prämienförderung in der Dürreversicherung wird 2027 einmalig von 55 auf 65 Prozent erhöht. Die Finanzierung erfolgt gemeinsam durch Bund und Länder; die Entlastung bei den Sozialversicherungsbeiträgen übernimmt der Bund.

Besprochen wurden auch die aufgrund der Trockenheit ermöglichten Erleichterungen im Agrarumweltprogramm ÖPUL, etwa die vorzeitige Nutzung bestimmter Flächen und angepasste Begrünungsfristen. Für die nächste Förderperiode sollen Vereinfachungen und mehr Flexibilität geprüft werden, um auf außergewöhnliche Wetterereignisse noch besser reagieren zu können. Langfristig gewinnen Investitionen in die Anpassung an ein sich veränderndes Klima und die betriebliche Risikovorsorge weiter an Bedeutung.

Weitere Schwerpunkte der LandesagrarreferentInnenkonferenz

Die Konferenz befasste sich zudem mit der technischen Erneuerung des Weinbaukatasters durch die Agrarmarkt Austria (AMA) und dessen Finanzierung durch Bund und Länder sowie mit der Bekämpfung der Goldgelben Vergilbung im Weinbau. Bei der Eindämmung dieser Pflanzenkrankheit sind ein abgestimmtes Vorgehen der zuständigen Stellen, gesundes Pflanzgut sowie eine umfassende Information und Beratung der Weinbaubetriebe entscheidend.

<https://presse.vorarlberg.at/land/public/-Landwirtschaft-st-rken-Zukunft-sichern>